

# Verbands-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in Brauereien, Brennereien, Mühlen und verwandten Betrieben  
Mittlungsorgan des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Betriebsgenossen

ersch. wöchentlich, Sonnabend  
Bezugspreis: vierteljährlich 9 Mark, unter Kreuzband 12 Mark  
Eingetragen in die Postzeitungsliste, Redaktionsschluss Montag früh 8 Uhr

Verleger und verantwortl. Redakteur: Dr. Käthe, Berlin-Charlottenburg  
Redaktion und Expedition: Berlin, O. 27, Schilderstraße 6  
Druck: Hermann Buchdruckerei Max Singer & Co., Berlin SW 68

Inzeratspreis:  
Für Inzerate aller Art die sechsgezeigte Spaltenbreite 2 Mark,  
für Todesanzeigen und Arbeitsmarkt Seite 1 3/4 Mark

## Der Internationale Gewerkschaftsbund zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat am 9. Februar an die angeschlossenen Organisationen folgendes Rundschreiben erlassen:

Die gewerkschaftliche Internationale kann sich gegenüber der in allen Ländern zutage tretenden enormen industriellen Krise nicht gleichgültig verhalten.

Alle an die angeschlossenen Organisationen einlangenden Nachrichten sowie die Meldungen in der Presse zeigen, daß die Arbeitslosigkeit immer größere Dimensionen annimmt. In allen Zweigen der Produktion gehen die Unternehmer zur Schließung von Fabriken und Werkstätten über oder lassen kürzere Zeit arbeiten. Von überall kommen Nachrichten, daß man die Arbeiter zu zwingen versucht, sich eine Herabsetzung der Löhne gefallen zu lassen.

Das Bureau der gewerkschaftlichen Internationale hat hierzu Stellung genommen; es kann die Argumente der Unternehmer, die eine Einschränkung der Produktion für nötig erklärt, nicht gelten lassen. Es stellt fest, daß vor wenigen Monaten noch die Unternehmer erklärten, daß die Produktion vermehrt werden müsse, und sich gerade auf diesen Standpunkt beriefen, um damit die Arbeiterforderungen zu bekämpfen.

Es ist unmöglich zu behaupten, es wäre zu viel produziert, während infolge des Krieges die entsetzlichste Verarmung in der Welt herrscht, die meisten Länder vom Elend heimgesucht und die Ruinen noch nicht aufgebaut sind.

Man kann nicht sagen, die Lebensmittelproduktion weise ein Ueberschuß auf, während Hunderttausende von Arbeiterfamilien nicht genug haben, um leben zu können.

Es ist unerhört, daß in Amerika, in England, in Frankreich und Deutschland Spinnereien stillstehen, während Millionen von Frauen und Kindern ohne Kleidung sind. Es ist eine Schmach, daß enorme Mengen von Baumwolle vernichtet werden könnten, daß große Vorräte von Wolle unbenutzt liegen bleiben, die Fabriken unter Rohstoffmangel leiden, während es in den meisten Haushalten mehr als je an Wäsche fehlt.

Ein derartiger, durch den Egoismus der kapitalistischen Unternehmer hervorgerufener Zustand, die ohne Rücksicht auf das Allgemeinwohl nur ihre persönlichen Interessen im Auge haben, bedeutet an sich eine Verurteilung des Systems, das derartige Mißbräuche möglich macht.

Die Annahme, daß die Unternehmer, diese Krise auszunutzen, um die Löhne herabzusetzen, ist eine unverschämte Drohung gegenüber den Arbeitern. Sie kann nur dazu führen, das Elend zu vertiefen und die Krise zu verschärfen. Denn wenn die Unternehmer sich über den mangelnden Absatz ihrer Vorräte beklagen, so vergessen sie dabei, daß es die gegenwärtigen Existenzbedingungen sind, die die Arbeiter zwingen, ihre Einkünfte zu beschränken.

Die Arbeiterorganisationen müssen dieses Vorgehen mit allen Kräften bekämpfen und in dem immer mehr ansteigenden Maße der Arbeitslosen den Kampfesitz und den Kampfwillen im Sinne der auf dem Londoner Gewerkschaftskongress formulierten Forderungen entwickeln.

Die industrielle Krise ist über die ganze Welt verbreitet; eine Abhilfe kann nur eine internationale Aktion bringen. Es kann in der gegenwärtigen Lage der verschiedenen Länder für eine Arbeitslosigkeit kein Anlaß mehr sein, wenn die Regierungen der durch die Nationaldifferenzen verzerrten Problem eine Lösung im Sinne der von den Arbeitern formulierten Forderungen geben, die die verarmten Nationen in Anspruch nehmen würde, die für die Befriedigung der dringendsten Bedürfnisse der Individuen in der Industrie nötigen Einrichtungen vorzunehmen, während sie den gewöhnlichen gestellten Nationen die Möglichkeit bieten würde, ihre Waren abzusetzen.

Das Bureau der gewerkschaftlichen Internationale macht die Arbeiterorganisationen aller Länder nochmals darauf aufmerksam, daß das Anwachsen des nationalen Reichtums die Verelendung der Arbeiter zur Folge haben kann, und fordert sie daher auf, die Politik des wirtschaftlichen und finanziellen Imperialismus, dessen Wirkungen sich gegen die Arbeiter lehnen, zu bekämpfen.

Das Bureau ersucht die angeschlossenen Zentralen dringendst, die internationale Verteilung der Rohstoffe zu fordern. Es ist unzulässig, daß zum Beispiel in gewissen Ländern Kohlenmangel herrscht, während in England, in Schweden und selbst in Frankreich die Kohlenproduktion teilweise stillgelegt wurde oder eine Stilllegung bevorsteht, weil sich die Kohlen in den Schwächen stauen.

Das Bureau ruft die Zentralen auf, die systematische Propaganda für die Sozialisierung der Produktionsmittel im Sinne der Londoner Beschlüsse fortzusetzen und noch zu verstärken. Wenn die Produktion nicht mehr den Nutzen einzelner dienen, sondern ausschließlich zugunsten der Gesamtheit funktionieren wird, wird von einer Verminderung der Produktion oder einer erzwungenen Arbeitslosigkeit nicht mehr die Rede sein können.

Das Bureau fordert das organisierte Proletariat der verschiedenen Länder auf, die Manöver, die unter der Androhung der Schließung der Fabriken und unter Ausnutzung des Elends auf eine Herabsetzung der Löhne abzielen, mit einer energischen Propaganda zu beantworten und dieser die größtmögliche Ausdehnung zu sichern.

Es ist weiter Pflicht des Bureau, die Landeszentralen auf die Notwendigkeit zu verweisen, mit allen Mitteln eine Krise zu bekämpfen, die der Weltreaktion alle Waffen gegen die Arbeiter und ihre Organisationen an die Hand gibt. Indem wir Sie ersuchen, die gewerkschaftliche Internationale von Ihren im Hinblick auf dieses Schreiben genommenen Maßnahmen auf dem Laufenden zu halten, verbleiben wir

Mit brüderlichen Grüßen

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes,  
L. J. Johaug, 1. Vizevorsitzender; C. Bertens,  
2. Vizevorsitzender; E. O. Fimmen, Sekretär;  
J. Tudegæseff, Sekretär.

## Die Sozialisierung der Kohle und die Großbanken

Von Adolf Griem

Die Frage der Sozialisierung durchwühlt heute die ganze Arbeiterschaft. Im Vordergrund steht die Vergeßlichkeit der Bodenschätze, der Kohle. Die Spitzenorganisationen der Arbeiter des I. O. G. E. und der U. A. haben sich in ihrem Aufruf vom 2. Februar 1921 für die Sozialisierung des Kohlenbergbaues gemäß der Forderungen der Spitzenorganisationen und des ersten Reichstages der Betriebsräte Deutschlands ausdrücklich ausgesprochen. Ueber das „Wie“ soll hier nicht gesprochen werden, nur eine Frage ist zu stellen: Warum drängen die Arbeitnehmerschaft und ihre Organisationen auf die Sozialisierung eines Industriezweiges, bei der ein Erfolg gerade recht zweifelhaft ist und ein Mißerfolg so gut wie sicher? Das eine steht fest, scheitert die Sozialisierung des Kohlenbergbaues, so wird dieses als Faktum angesehen, für Unmöglichkeit der vergesellschafteten Wirtschaft und daher würde die kapitalistische Ordnung ihr Bestehen auf Jahrzehnte hinaus erneut sicherstellen können. Die arbeitende Klasse aber würde, weil sie von faktischer Voraussetzungen ausgegangen und die ersten verkehrten Maßnahmen angewendet hat, sich immer tiefer in ein Netz der Verurteilung und Misere verstricken.

Die bürgerliche Regierung beschäftigt sich ja auch mit diesem Problem der Sozialisierung der Kohle. Wenn man aber weiß, was man von einer derartigen Regierung zu halten hat, wenn man weiter bedenkt, daß sie doch nur der Handlanger des Kapitals ist und keine Gelegenheit vorübergehen lassen darf, für diese Gesellschaften zu machen, muß man doch die Frage aufwerfen, ob nicht doch selbst bei dem ersten Willen der Arbeiterschaft und bei den besten Absichten eine Ueberverteilung des Volkes seitens der arbeitenden Regierung und der ihr angehörigen kapitalistischen Klasse erfolgen soll. Diese Gefahr ist riesengroß und in nächster Nähe.

So bitter notwendig diese Sozialisierung der Kohle ist, so notwendig ist aber auch darauf hinzuweisen, daß mit ihr nicht der Anfang gemacht werden darf, ohne vorher etwas anderes getan zu haben. Das mag manchem absurd klingen, aber die Gefahr ist da. Man geht davon aus, den Sozialismus sich in seiner eigenen Daseit zu verewigen zu lassen. Der Arbeiter kämpft gegen die Macht der Industriekapitale und hält damit gleichzeitig die Droste für die allmächtigen Bankmagnaten heraus. Hier liegt der springende Punkt. Die Sozialisierung eines einzelnen Produktionszweiges ist widersinnig, solange nicht der Kapitalismus der Volkstoff ins Herz empfangen hat. Das Herz ist die Bank.

In den Banken sammelt sich das Geld und alle Werte der bürgerlichen Gesellschaft, kurz, die wirtschaftliche, die öffentliche Macht, und das Bankkapital beherrscht die Industrie. Ob und wie die Industrie floriert, richtet sich nach dem Profitinteresse der Bankgewaltigen. Ob hierbei volkswirtschaftliche Interessen Beachtung finden, läßt der Bankkapitalismus kalt. Aber er ist das Machtzentrum. Wenn sich die Sozialisierung darauf beruhen, daß sie nur die Produktionsmittel vergesellschaften wollen, dann ist dieses nur eine halbe Sache. Es ist auch durchaus nicht richtig, daß die Sozialisierung der Produktionsmittel gleichbedeutend ist mit der Eroberung der wirtschaftlichen Macht. Der Besitz der Produktionsmittel hat keinen Wert für uns, solange das Bankkapital mit seiner Macht besteht. Dem Arbeiter muß es doch auch nichts, daß er im Besitze des allerwertigsten Produktionsmittels der Arbeitskraft ist, wenn er dieselbe der Mehrmehrschaft unterwerfen muß. So oft man sich mit der Sozialisierungsfrage befaßt, kommt man darüber, wie wenig man doch dieses Problem erörtert. Man weiß nicht, wie man es rechtfertigen soll, daß in Arbeiterkreisen so wenig von der Sozialisierung der Banken geredet und geschrieben wird. Arthur Jucker gibt in seiner Warnungs-

schrift: „Sozialisierung als kapitalistischer Schwindel“ oder „soziale Volkserlöschung“ eine richtige Antwort. Er sagt: „Reiß Schlagworte und banale Allgemeinheiten dazu ebenförmig ausreichen; wie theoretische Systemmaleser.“

Was sind denn die Banken? Sie sind Magnet, die das ganze Wirtschaftsleben an sich ziehen. Die eine Seite der Banken nimmt, die andere gibt gegen Zinsen Kapital aus. Trotz aller Aktienform sind es doch nur wenige Kapitalisten, die Besitzer der Banken sind. Sie fressen sich gegenseitig auf. Das Kapital wird nicht produktiv angewandt, nur so entsteht eine Verteuerung des Zahlungsmittels, Geld, das verteuerte Geld verteuert wiederum die Produktion. Nicht alles mit dem Aktienkapital beherrscht die Bank die Wirtschaft, sondern mit allen investierten Werten. Rücksichtslos. Das geht daraus hervor, daß die Banken für Depositen, trotz der geradezu unheimlichen Geldentwertung, eine Verzinsung von 1 1/2-3 Proz. gewähren, während sie für Kreditbewilligung 10-15 Proz. verlangen, oft noch mehr.

Was ist damit getan, wenn wir Industriezweige, vergesellschaften und die Banken behalten diese Macht? Heute die Kohle sozialisieren wird, tritt sofort die Frage auf, wer gibt die Betriebsmittel her? Und würde sozialisieren ohne Entschädigung, Betriebsmittel und Kredite müssen aber sein, denn noch besteht die kapitalistische Wirtschaft. Außerdem steht das Kohlenbankkapital im engsten Verwandtschaft mit der Schwerindustrie, und diese wieder mit der Fertigungsindustrie. Der Bergbau braucht nur Kredit. Ein geländeres fressen für die Magnaten der Montanindustrie, die ohnehin geworden durch die Sozialisierung der Kohle. Mit Freuden wird es sich des Bergbaues annehmen. Und nur das Ultimatum der Sozialisierung Kohlenbergbau, schützt die Zinsen für das Montanbankkapital heraus. Das ist der Schritt vom Regen in die Traufe.

Die organisierte Arbeiterschaft, das wertvolle Volk, will nicht länger bewuchert, nicht länger von industriellen, landwirtschaftlichen oder handelsreisenden Profitjägern ausgepöbelt werden. Deswegen auch der ungestüme Ruf nach Sozialisierung. Sozialisierung ist die Enteignung der Kapitalisten, die Unterstellung ihrer Betriebe unter die Verwaltung und Kontrolle der Arbeiter, ihre Ueberführung in den Besitz der Wirtschaftsgesellschaften, in den Besitz des gesamten Volkes! Es muß allerdings, rückhaltlos ausgesprochen werden, daß der gegenwärtige Zeitpunkt der aller-schwierigste für die Sozialisierung ist. Hinter uns liegt der verlorene Krieg, hinter uns der Vermögensverluste von Millionen, der das republikanische Deutschland zum Teufels-voll unter den Wölfen der Skuldwelt gemacht hat. Unser Land ist völlig erschöpft, es bürdet aus launigen Wunden. Uns fehlen Rohstoffe, uns fehlen Lebensmittel, uns fehlt auch darum die Arbeitsfähigkeit, uns fehlen die wichtigsten Vorbedingungen für eine erfolgreiche Sozialisierung. Wohl-verstanden für eine erfolgreiche Sozialisierung. Und das ist es, worauf es ankommt. Erfolgreich ist aber eine Sozialisierung nur, wenn sie den Konsumenten niedrigere Preise, den Arbeitern höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit der Allgemeinheit eine gebotige Steuerentlastung bringt. Das zu leisten ist heute unmöglich. Wir sind eben unter-gang, anderen Verhältnissen eine Macht geworden, als un-sere Theorie es annahm.

Je schmieriger die wirtschaftlichen Verhältnisse sind, desto schmerzlicher ist die Sozialisierung. Jeder falsche Schritt auf dem Wege der Sozialisierung kann die Arbeiterschaft in den Abgrund stürzen. Es ist besser, wenn sich einige Sozialisierer in dem Augen ungeduldiger Wälfen oder renitenten Sozialisierungskritiker diskreditieren, als wenn durch Miß-erfolge der ganze Sozialismus diskreditiert wird. Das alles heißt nun nicht, daß überhaupt nicht sozialisieren werden soll. Nein, unter keinen Umständen. Wir wollen und müssen allen Ernstes dazu schreiten, aber von dem Fehler, soviel wir uns hüten, reißt Industriezweige als Anfangsobjekte zu be-nutzen und überreife Wirtschaftszweige, die durch ihre all-gewaltige Kapitalmacht alles Wirtschaftsleben beherrschen, in den Hintergrund zu schieben, anstatt dieselben zuerst an-zukassieren. Die Arbeiterschaft erhofft heute, daß sie im sozia-lisierten Bergbau höhere Löhne verdienen wird. Müge sich das höhere Einkommen gestalten, wie es mögk, mag es in Form höherer Entschädigung für geleistete Arbeit sein, oder durch eine Gewinnbeteiligung geschaffen, oder in irgendeiner anderen Form erbracht werden, es wird nur dann eine wirtschaftliche Volkserlöschung sein, wenn dem erhöhten Ein-kommen auch eine erhöhte und dauernde Kaufkraft inne-wohnt. Das wird nicht der Fall sein können, solange die Großbanken und die sozialisieren Industriezweige beherr-schen. Sie wiederholen noch einmal, wer soll denn die Be-triebsmittel und die Kredite geben für den sozialisieren Bergbau? Der Staat? Der lebt in einer grandiosen Kampf-wirtschaft auf Gnade oder Ungnade der Banken. Vor-ihnen muß er die Mittel nehmen und zur Sicherheit dem Bergbau sein Bankkapital verspfänden. Das Bankier Groß-bankkapital schlägt durch seine immer weiter fortschreitende Konzentration nicht allein alle selbständigen Provinz- und Industriebanken, es schluckt auch den Staat selbst. Hier-macht eine Gefahr riesengroß vor uns auf. Legten Endes-



und ein Ergänzungsglied - gelten mit Ablauf der vorchriftsmäßigen Einspruchsfrist als ordnungsgemäß gewählter Angefallener.

Zu Ziffer 1 ist auf § 8 Abs. 1 der Wahlordnung zum Betriebsratsgesetz hinzuweisen, wonach vom Wahlvorstand eine Nachfrist für Einreichung von Vorschlagslisten seitens der Arbeitnehmererschaft festzusetzen ist.

In Ziffer 2 hat sich der Schlichtungsausschuss, um die Angefallenen, die eine ordnungsmäßige Vorschlagsliste eingereicht hat, nicht in gleicher Weise zu berücksichtigen, auf den Standpunkt gestellt, daß der durch Einreichen einer Vorschlagsliste gewählte Angefallener als geschäftlicher Vertreter der Arbeitnehmererschaft anzusehen ist.

Bewegungen im Berufe.

Brennereien, Gießereien, Weinbetriebe, Destillationen.

† Braunschweig. Die Brennereibesitzer, Weinhandlungen und Litorfabrikanten sind alles andere, nur nicht arbeiterfreundlich. Sie sind nur arbeiterfeindlich, wenn sie mit ihren Produkten aus der Arbeitererschaft für sich Vorteile herausziehen können.

In Braunschweig reichte dieser Lohn nicht aus. Die Kollegen haben sich gezwungen, ihre wirtschaftliche Lage den Verhältnissen anzupassen und beauftragten die Organisationsleitung, die Löhne am 1. Dezember zum 1. Januar zu kündigen.

Im Januar wurde versucht, die Herren Arbeitgeber zu bewegen, die Notwendigkeit einer Lohnaufbesserung für ihre Arbeiter anzuerkennen. Wieder erhielten wir dieselbe Antwort. Es war unmöglich, uns hiermit zufrieden zu geben, und riefen wir deshalb den Schlichtungsausschuss an, was dem es am 4. Januar zur Verhandlung kam.

Am 3. Februar hielt es denn der Demobilisierungskommissar für nötig, beide Parteien zur Verhandlung vorzuladen. Dies, 4 Wochen nach der Fällung des Schiedsspruches. Jetzt hatten die Herren Arbeitgeber ihren ablehnenden Standpunkt residiert und hielten uns, abweichend vom Schiedsspruch 100 Mk. monatlich als Hilfszahlungsbeihilfe an, dies aber nur für die Beheirateten, im übrigen sollte der alte Lohn weiter bestehen bleiben.

Da wir auf unseren Schiedsspruch verharren, wollte der Herr Rechtsanwalt Hennecke noch mal die Herren Arbeitgeber zu einer Versammlung zusammenberufen und noch einmal versuchen, ob es ihm nicht gelänge, die Herren von der Annahme des Schiedsspruches zu überzeugen, dieses hat

Kollege Maas eingewilligt, um nicht die letzte Verhandlungsmöglichkeit zu verpassen. Aber der Versuch des Herrn Hennecke war nicht ganz gelungen. Er hatte die Arbeitgeber nicht dazu bewegen können, den Schiedsspruch anzuerkennen, sondern sie machten uns den Vorschlag, den Schiedsspruch zu teilen. Auch dies genügte uns nicht, da aber die Kollegen den Frieden haben wollten, ließ der Kollege Maas 5 Mk. vom Schiedsspruch ab und glaubte, daß der Herr Rechtsanwalt Hennecke diesem zustimmen würde.

Was hätten die Kollegen aber, wohl gemacht, wenn ihnen nicht die Organisation zur Seite gestanden hätte? Und es ist bedauerlich, daß die Arbeiter der Weinhandlung von Rappes u. Büschhoff immer noch nicht von einer Organisation wissen wollen; sie verweigern aber nicht den Lohn, den jetzt die Organisation erkämpft hat.

† Stettin. Streik in den Brennereien, Gießereien, Stahlwerken sowie sämtlichen Stettiner Weinhandlungen und Großdestillationen. Zum 4. März sind die Löhne gekündigt worden und ersuchten wir um eine baldige Verhandlung.

Am 16. März beschloß sich nun die Betriebsrat und Vertreterseite mit der Firma und es wurde beschlossen, die Arbeitgeber anzufordern, bis Freitag, den 18. März, mit uns in Verhandlung zu treten.

Kann man die Arbeit eingestellt, so ist auch schon unter dem Schutz der Polizei die Technische Rathilfe am Werke. Man schickt sogar mehr Leute der Technischen Rathilfe in einige Betriebe, als dort vorher beschäftigt waren.

Aus dem ganzen Verhalten geht hervor, daß die Herren sich anmaßen, daß nur sie allein die Bestimmungen wären, und ihren Herrschaftspunkt der Arbeiterchaft fühlen lassen wollen, trotzdem wir schon jahrzehntlang im Vertrauensverhältnis geblieben haben.

Am 29. März reisten sie mit, daß sie jegliche Zulagen abtun wollten. Aus dem ganzen Verhalten geht hervor, daß die Herren sich anmaßen, daß nur sie allein die Bestimmungen wären, und ihren Herrschaftspunkt der Arbeiterchaft fühlen lassen wollen, trotzdem wir schon jahrzehntlang im Vertrauensverhältnis geblieben haben.

25 bis 30 Jahre im Betriebe tätig waren. Heute wünscht man es nun mit Hilfe der Behörde gegen die Arbeiterchaft. Den Kampfesmut haben die Kollegen schon unter der früheren Betriebswirtschaft bewiesen und werden sich auch jetzt durch nichts zurückweichen lassen, den Kampf durchzuführen wie vor Jahren.

Die Weinhandlung Lora hat sich verpflichtet, ihren Arbeitern solange 200 Mk. Lohn pro Woche zu zahlen, bis ein anderer Lohn mit dem Verein der Stettiner Weinhandler abgeschlossen ist.

Möhlen.

† Berlin. Zur Lohnbewegung der Möhlenarbeiter. Am 20. März berichtigte Schlichtung in einer Möhlenarbeiterversammlung über den vom Schlichtungsausschuss getätigten Schiedsspruch. Die erhofften Löhne fielen ab 16. März 1921 in Geltung treten. Gleichfalls treten alle übrigen Bestimmungen des Tarifvertrages mit Wirkung ab 16. März 1921 wieder in Kraft.

† Stolz i. P. Streik in der Möhle Kaufmann und Sommerfeld. Wegen Lohnabstufung und Abschluß eines Tarifvertrages, wobei eine Einigung auch durch den Schlichtungsausschuss nicht erzielt werden konnte, waren die Arbeitnehmer gezwungen, am 19. März die Arbeit einzustellen.

Am 16. März beschloß sich nun die Betriebsrat und Vertreterseite mit der Firma und es wurde beschlossen, die Arbeitgeber anzufordern, bis Freitag, den 18. März, mit uns in Verhandlung zu treten.

Am 16. März beschloß sich nun die Betriebsrat und Vertreterseite mit der Firma und es wurde beschlossen, die Arbeitgeber anzufordern, bis Freitag, den 18. März, mit uns in Verhandlung zu treten.

Raubschau.

Kaufmannschaftliches, Soziales.

Am 16. März beschloß sich nun die Betriebsrat und Vertreterseite mit der Firma und es wurde beschlossen, die Arbeitgeber anzufordern, bis Freitag, den 18. März, mit uns in Verhandlung zu treten.

Gefährdung, Kopfgerbung.

Stückzahl der Arbeiter bei Beschäftigungen des Holzhandels. Auch dem Reichsarbeitsblatt vom 30. Januar 1921 (Seite 205) vertritt das Reichsarbeitsministerium wie früher so auch heute noch die Ansicht, daß der Moriant der Beschäftigung vom 21. November 1918 eine Anwendung der Strafbestimmungen auf die Arbeiter nicht hindert.

Das Oberlandesgericht Königsberg i. Pr. hat sich (siehe Nr. 12 der Verbands-Zeitung) auf einen anderen Standpunkt gestellt.

Verbandsnachrichten.

Diese Woche ist der 14. März der Tag.

Mitteilungen der Hauptverwaltung.

Geschmigte Sozialbeiträge.

Freiburg i. Br. 10. 11.

Stamps

musste gezahlt werden:

1. Weil Geschäftsunterlagen resp. Druckfachen überliefert

Unterlagen beigelegt waren: Grunberg 10 St. Raifer-

launern 10 St.

